

## Diskussionsbeiträge

*Dr. Helmut Kohl:* Meine Damen und Herren, zunächst einmal: Gehen Sie bitte nicht davon aus, dass ich jetzt ein Referat halten werde. Ich wäre da auch aus persönlichen Gründen etwas gehemmt; denn ich überlasse es lieber anderen, meine eigene Politik zu bewerten. Ich bin aber gerne bereit, zu einzelnen Fragen Stellung zu nehmen.

Wenn wir über diesen Zeitraum der Europapolitik reden, dürfen wir nicht vergessen, dass die Bundesrepublik in der Sicherheitspolitik Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre quasi in einem neurotischen Zustand war. Die Zeit, über die wir reden, war innenpolitisch dramatisch, und der Streit ging damals wahrlich nicht um die Europapolitik, sondern um den NATO-Doppelbeschluss. Es war eine tiefe Zäsur, die wir in dieser Form in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht hatten. Die deutschen Sozialdemokraten versagten in der Nachrüstungsfrage ihrem eigenen Kanzler die Gefolgschaft, was schließlich zum Sturz Helmut Schmidts führte. Nicht der Streit um die richtige Europapolitik führte zu einem Wechsel der Bundesregierung, sondern die sicherheitspolitische Lage und der dramatische Anti-Amerikanismus, der damit einherging. Wobei ich beim Thema Anti-Amerikanismus daran erinnern will: Im Unterschied zur jetzigen Situation hatten wir, die Akteure, also meine Generation, noch die Hilfen der Amerikaner erlebt, zum Beispiel die Hoover-Speisung. Wir hatten die Hilfen des Marshall-Plans praktisch erfahren, und für uns ist das Berliner Luftbrückendenkmal die Erinnerung an eine Hilfeleistung inmitten einer der schwersten Krisen in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Vielleicht wurden deswegen die Auseinandersetzungen um die Nachrüstung auch so bitter geführt und stießen im Ausland auf so viel Unverständnis.

Meine persönliche Beziehung zu François Mitterrand ist ein eigenes Thema. Wir waren eigentlich überhaupt nicht »füreinander geschaffen«. Wir hatten auch nicht von Grund auf Zuneigung füreinander. Sie entwickelte sich erst mit der Zeit, vor allem als wir über unsere Elternhäuser sprachen und über die Erfahrungen mit unseren Müttern. Es war eine Beziehung, die sich aus unseren privaten Erlebnissen intensivierte. Ich hatte zum Beispiel aus meiner deutschen und proamerikanischen Sicht gar kein Verständnis dafür, dass er, als er Präsident wurde, die Kommunisten in die Regierung nahm. Das war bei uns, in den christlich-demokratischen Parteien ein großes Thema.

Er war kein Mann, »mit dem man sich schnell umarmte«. Als ich ihn erstmals traf, legte ich sehr Wert darauf, äußerste Courtoisie zu wahren. Von

Adenauer kannte ich den Ausspruch, man müsse die Trikolore dreimal grüßen und die Bundesflagge nur einmal – nicht aus mangelndem Respekt vor der Bundesflagge, sondern aus dem einfachen Hinnehmen der Grande Nation. Das war, glaube ich, eine sehr vernünftige Einstellung. Ich konnte, das sage ich ganz offen, sicher vom guten Verhältnis meines Vorgängers Helmut Schmidt mit Giscard d'Estaing profitieren. Mitterrand und Giscard kamen nun wirklich nicht miteinander klar – das muss man nicht näher begründen –, und mein Verhältnis mit Giscard war anfangs auch etwas kompliziert. Das hat sich später sehr geändert. Meine »Ausgangslage« bei Mitterrand war also günstig. Zudem war François Mitterrand in der Riege europäischer Politiker jemand, den man aus gutem Grund zu den bestgebildetsten Männern und Frauen zählen konnte. Er kannte sich bestens in der europäischen Kultur aus. Andererseits war er nicht so bewandert in der jüngsten deutschen Geschichte. Ich initiierte einmal eine Begegnung zwischen ihm und Ewald von Kleist in meinem Büro, damit er einen führenden Zeitzeugen des 20. Juli kennen lernen konnte. Denn ich habe immer wieder entdeckt, wie wenig führende Franzosen überhaupt etwas vom deutschen Widerstand wussten. Ich werde nie vergessen, wie Mitterrand an meinem Schreibtisch saß, um sich ein paar Notizen für seine Rede im Deutschen Bundestag zu machen. Er wollte dort als einer der führenden Gestalten der europäischen Sozialisten auftreten, vor ihm Willy Brandt sitzend und wissend, dass seine Thesen nicht die von Willy Brandt waren.

Etwas anderes kam mir im Verhältnis zu Mitterrand noch zugute: Sie wissen vielleicht, dass er dreimal aus der Gefangenschaft geflohen war. Dabei war er zweimal verraten worden, jeweils von Franzosen. Das war vorteilhaft für uns. So verspürte er uns gegenüber keine Rachegeanken. Er hatte positive Erfahrungen in der deutschen Gefangenschaft gemacht. Er hatte ein Deutschland ganz anderer Art kennen gelernt – das Deutschland der kleinen Leute. Wenn Mitterrand von seinem Schreinermeister in Thüringen erzählte, tat er dies voller Wärme und Sympathie. Trotz des Krieges sah er in ihm einen anständigen Mann. Wie sehr sich sein Deutschlandbild im Laufe der Zeit geändert hatte, zeigte sich daran, dass er auf der ökonomischen Seite immer mehr die Überzeugung gewann, es sei besser, mit den Deutschen eng zusammen zu arbeiten als gegen die Deutschen zu operieren. Dies einzusehen war sicher für ihn nicht leicht. Die Deutsche Bundesbank war ihm eher ein Gräuel, und der großgewachsene Bundesbankpräsident machte ihm, wenn dieser durch die Tür kam, zumindest äußerlich deutlich, dass der Franc weniger wert war.

In diesem Zusammenhang möchte ich besonders die direkte und indirekte Rolle von Jacques Delors hervorheben. Delors war ja ein Erfolgsmann von Mitterrand, jedoch mit etwas anderen Auffassungen. Mitterrand empfand, dass Delors ihm zu wenig Respekt entgegenbrachte, nicht im Äußerlichen, aber wohl im Denken. Aber Mitterrand schätzte Delors gleichwohl sehr, und ihm gefiel es vor allem, dass Delors in Deutschland sehr angesehen war, und zwar

in dem, was er sagte, wie auch in seiner Zuverlässigkeit. Das zeigte sich insbesondere nach 1990, als Delors in einer unglaublichen Weise alle Bedenken fallen ließ, als es darum ging, den neuen Ländern bis in Details hinein zu helfen. Er war dazu nicht verpflichtet. Doch der Präsident der Republik trug seine Ambitionen voll und ganz mit.

Mitterrand wollte natürlich auch mit uns den Weg gemeinsam gehen, weil er sich eine pädagogische Wirkung davon versprach, wenn wir nicht zu eng mit den Amerikanern agierten. Dieses französische Spiel beherrschte er virtuos: Einerseits Distanz zu den Amerikanern zu halten, andererseits alles dafür zu tun, dass, wenn es wirklich kritisch werden würde, sie kommen und helfen würden. So ist er auch gerne gegenüber angelsächsischen Positionen verfahren, und zwar durchaus mit einem Lustgewinn. Wenn er gegen Margret Thatcher etwas unternehmen konnte, tat er es gerne. Das war sehr deutlich spürbar.

Oft wird die Frage gestellt, ob es ein Junktum zwischen dem französischen Ja zur Einheit und dem deutschen Ja zum Euro gab. Meine Antwort ist eindeutig: Nein. Da es trotzdem behauptet wird, wird sicherlich versucht werden, es an einem Aktenstück zu belegen. Doch es bleibt dabei: Der Euro wäre auch gekommen, wenn wir die deutsche Einheit 1989/90 nicht erreicht hätten. Davon bin ich fest überzeugt.

Ungeachtet aller Absprachen und aller enormen Schwierigkeiten hierzulande hatten sich Mitterrand und ich schon beim Europäischen Gipfel 1988 in Hannover für die Einführung einer gemeinsamen Währung stark gemacht. Auch Felipe González spielte hierbei in einer eigenen Weise eine ganz wichtige Rolle. Er war übrigens der einzige Regierungschef, der früh und ohne jeden Vorbehalt Ja zur deutschen Einheit sagte und nie zögerte, sich in dieser Sache zu engagieren. Aber in der Frage des Euro war es für Mitterrand wichtig, das Ansehen für das Ganze zu haben und nicht nur für die Zustimmung zum Sitz der Europäischen Zentralbank in Frankfurt. Ihm lag vor allem daran, dafür zu sorgen, dass der französische Einfluss in der Eurozone direkt und indirekt wachsen würde, was ja ohne Zweifel der Fall ist. Mitterrand sagte 1991 einmal: »Es ist wahr, die Deutschen haben jetzt große Probleme mit der deutschen Wiedervereinigung (gemeint waren ökonomische Probleme), aber Sie werden diese Probleme lösen, sonst wären Sie nicht die richtigen Deutschen.« Er war also damals viel zuversichtlicher, was unsere eigene Kraft anging, als die Deutschen selbst. Und er fügte hinzu: »Sie werden sie lösen. Und danach werden Sie stärker sein als je zuvor.« Diese Aussage verdeutlicht, warum er aus seinem Verständnis als Franzose es für klug und richtig hielt, mit diesen Deutschen zusammenzuarbeiten, engste Verbindungen mit ihnen zu halten und auf diese Art und Weise Zukunft zu gestalten. Mein Rat ist also, bei einer Analyse der damaligen Verhältnisse vor allem die gesamtpolitische Lage, Sicherheitspolitik, NATO-Doppelbeschluss und die starken Zwistigkeiten hierüber in

Deutschland nicht außer Acht zu lassen. Denn bei aller Auseinandersetzung mit Margret Thatcher war das Stehvermögen der Bundesregierung in Sachen NATO-Doppelbeschluss für sie wiederum eine sehr positive Karte, die man in schwierigen Zeiten immer wieder ziehen konnte.

*Prof. Bernhard Friedmann:* Herr Bundeskanzler, es ist ja wiederholt angeklungen, welch wichtige Bedeutung der Euro für die Entwicklung der EU hatte. Man sieht ja in der praktischen Arbeit alltäglich, wie durch die Konvergenzkriterien die Politik der Mitgliedstaaten sich indirekt einander annähert. Zwar ist es ein gewisses Problem, dass wir keine gemeinsame Wirtschaftspolitik haben, aber der Euro erfüllt eine wichtige Funktion. Nun meine Frage an Sie, Herr Bundeskanzler: Es wird immer wieder gesagt – man wird mit der Frage konfrontiert – man habe Sie gezwungen, die D-Mark preiszugeben, damit die Wiedervereinigung von den anderen Europäern akzeptiert werde. War der Verzicht auf die D-Mark ein Angebot von Ihnen oder war es eine Forderung an Sie?

Und wenn ich gleich die zweite Frage stellen darf: Sie haben die Sicherheitspolitik angesprochen. Das desaströse Verhalten des jetzigen Bundeskanzlers in der Irak-Frage hat gezeigt, dass es immer wieder Situationen geben wird, in denen die Europäer sich in sicherheitspolitischen Fragen nicht einigen können. Sehen Sie die Möglichkeit, nachdem jetzt auch neutrale Staaten in der letzten Erweiterungsrunde hinzugekommen sind, dass wir Europäer jemals zu einer ernstzunehmenden gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik kommen werden?

*Dr. Peter Walter:* Herr Bundeskanzler, ein Aspekt, den wir noch nicht gehört haben, ist auch die Presseperzeption Ihrer Europapolitik. Von Ihrem ehemaligen Regierungssprecher Peter Boenisch stammt das Wort, der Bundeskanzler bereitet die Politik gerne im kleinen Zirkel vor, anstatt das in der Öffentlichkeit kundzutun – im Gegensatz zu Ihrem Vorgänger. Helmut Schmidt hat ja ganz gerne mit der Presse gespielt und auch die Presse als Instrument seiner Politik betrachtet, während Sie hingegen – ich erinnere an das 10-Punkte-Programm – Politik ohne große vorherige Diskussionen vorbereitet haben. Die Medienperzeption Ihrer Politik war im Grunde genommen in der ganzen Zeit Ihrer Kanzlerschaft relativ negativ. Es gab eine kurze Phase der breiten Zustimmung in der Medienlandschaft. Das war die Wiedervereinigung 1989/90. Danach schwang sie wieder um. Es ist doch sicherlich sehr schwierig, gegen eine Medienlandschaft zu arbeiten, Politik zu machen, Politik auch nach außen zu vertreten, und gerade auch die Europapolitik, die ja zu Beginn der 80er Jahre wenig populär war, weil der Streit um den NATO-Doppelbeschluss die Diskussion beherrschte, dann herzugehen und als Bundeskanzler zu sagen, wir wollen das politische Ziel erreichen, also quasi gegen den Strom zu schwim-

men. Mich würde in diesem Zusammenhang interessieren, wie man sich bei einer solchen öffentlichen Skepsis gegenüber der eigenen Politik gefühlt hat.

*Dr. Gero Pfennig:* Wenn ich es richtig sehe, bin ich im Saal der einzige, der dem ersten direkt gewählten Europäischen Parlament 1979 angehört und anschließend auch im Bundestag Europa- und Finanzpolitik gemacht hat. Wenn die Gesprächsreihe hier unter anderem dazu dienen soll, der Forschung zur Ära Kohl Anregungen zu geben, dann möchte ich zwei Punkte anmerken.

Das, was hier gesagt wurde, empfinde ich in vielem als Forschungsergebnis durchaus zutreffend. Ich gebe aber aus meinen bescheidenen Erfahrungen von der Freien Universität Berlin her den Ratschlag, sich auch mit den Gegnern der Europapolitik Kohls etwas mehr zu beschäftigen. Es ist ja vielleicht bei der Euro-Diskussion am besten nachzuvollziehen, dass es in Deutschland Gegnerschaft aus ganz unterschiedlicher Richtung gab. Der Bundesbankpräsident, obwohl er quasi schon der Präsident einer Europäischen Zentralbank war, hatte aus seiner Position her bereits eine gewisse anfängliche Gegnerschaft zum Euro. Das sage ich so, obwohl ich Herrn Tietmeyer sehr schätze. Aber es gab ja noch andere Gegner, es gab Gegner bis in die Reihen der Union, und damit meine ich beide Unionsparteien, die aus grundsätzlichen Überlegungen den Euro nicht wollten und das, was im Maastrichter Vertrag angelegt war. Dann gab es noch die dritte Kategorie von Gegnern, die das sowieso alles nicht wollten, weil sie überhaupt gegen die Kohl'sche Europapolitik waren. Diese benutzten dann die deutsche Wiedervereinigung zum Schlachtruf: Erst die Einheitsprobleme bewältigen, und dann machen wir Europa und das, was in Maastricht vereinbart worden ist. Die haben ja heute auch wieder das Sagen.

Der zweite Punkt, den ich anmerken möchte und der Forschung anheim stelle, bezieht sich auf den Anfang der Regierungspolitik Helmut Kohls. Man sollte mehr erforschen, ob da nicht durch die Arbeiten des damals jedenfalls noch viel belächelten Europäischen Parlaments ganz wichtige psychologische und sonstige Voraussetzungen geschaffen wurden. Meine Unterlagen aus der damaligen Zeit liegen hier im Archiv. Ich bin einer der sieben Abgeordneten gewesen, die an der Spinelli-Initiative mitgearbeitet haben, dem ersten Vertragsentwurf des Europäischen Parlaments zur Gründung der Europäischen Union. Schon damals haben zwei französische Abgeordnete – der eine war es nur relativ kurze Zeit – eine ganz wichtige Rolle bei dem Thema gespielt. Der eine war Pierre Pflimlin von den Christdemokraten und der andere Jacques Delors. Pflimlin ist es beispielsweise zu verdanken, dass in dem damaligen Vertragsentwurf – man sieht, das ist erst in Maastricht nachher Wirklichkeit geworden – beispielsweise solche Dinge hineinkamen wie EU-Bürger, Unions-Bürger. Diesen Begriff leitete Pflimlin unausgesprochen – ich habe dabei ein bisschen nachgeholfen – aus dem Entstehen des deutschen Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes her. Das hat er als Elsässer ja noch miterlebt. In

diesem damaligen Vertragsentwurf, im Artikel 4, war übrigens alles schon drin, was auch sehr viel später kam, nämlich Grundrechte und Grundwerte der Europäischen Union bis hin zu dem Punkt, dass Mitglieder der Union, die sich nicht entsprechend verhalten, ausgeschlossen werden können. In dem damaligen Vertragsentwurf war auch etwas drin, was nach Monaten erbitterter Diskussion, insbesondere mit französischen Abgeordneten, erst hineinkam, nämlich das europäische Währungssystem mit einer einheitlichen Währung und einem europäischen Währungsfonds – Zentralbank wagte noch keiner zu sagen –, der ausschließlich der Stabilität der Währung verpflichtet und unabhängig war. Dies alles ist dann über die Einheitliche Europäische Akte in den Maastrichter Vertrag hineingekommen. Dessen Entwurf ist wiederum von demselben Herrn Delors, der das damals Anfang der 80er Jahre schon mit beeinflusst hat, als Kommissionspräsident vorgetragen worden. Es ist für mich keine Überraschung gewesen – irgendjemand von Ihnen sagte das –, dass das kam. Währungsunion zu deutschen Konditionen, das ist eine wichtige Vorarbeit des Europäischen Parlaments gewesen aus dem Anfang der 80er Jahre. Diese Vorarbeit erleichterte Helmut Kohl die Gestaltung des Maastrichter Vertrags.

*Dr. Helmut Kohl:* Ich will gleich mit der letzten Bemerkung beginnen. Ich kann die Ansicht nur unterstützen, dass in all den Jahren die Existenz des Europäischen Parlaments von großer Bedeutung war. Ich halte es für einen schweren Fehler, dass bei uns in der Bundesrepublik die Rolle des Europäischen Parlaments chronisch unterschätzt wird. Wenn ich mir vergegenwärtige, wie umfangreich aus dem Deutschen Bundestag im Fernsehen berichtet wird, so ist das im Vergleich zu den – wenigen – Übertragungen aus dem Straßburger Parlament eine absolute Schiefelage. Auch in unseren Parteien wird die Arbeit im Europäischen Parlament eher schlecht dargestellt. Dem Europaabgeordneten eilt der Ruf voraus, wenn er nichts mehr in Bonn oder in Berlin werde, dann gehe er eben nach Brüssel bzw. Straßburg. Es ist aber eine große Dummheit, so zu denken.

Noch einmal zu der Behauptung, die Deutschen, vor allem ich, wären bei der deutschen Einheit mit dem Ja zum Euro erpresst worden. Ich wiederhole: Das istbarer Unsinn! Zu dem Zeitpunkt, als wir ernsthafte Gespräche im kleinsten Kreis – übrigens auch hier in Bonn – über die Einführung einer gemeinsamen Währung führten, war von der deutschen Einheit noch keine Rede. Wenn Sie mich 1986 gefragt hätten, was eher kommen werde, die deutsche Einheit oder eine europäische Währung, wäre für mich klar gewesen: die gemeinsame Währung. Gleichwohl war die Stimmungslage dazu mäßig. Ich hatte nie daran gezweifelt, dass der Euro in Deutschland bei einer Volksabstimmung keine Chance gehabt hätte. Ich kannte die Stimmung auch in meiner eigenen Partei,

in der einige nicht nur deswegen gegen den Euro wetterten, weil sie gegen den Parteivorsitzenden waren. Ich wusste, was die D-Mark den Deutschen bedeutete. Sie war, das versuchte ich immer wieder auch den Ausländern klar zu machen, eine einzigartige Größe. Denn, vergessen wir nicht: Die D-Mark wurde 1948 eingeführt, als es noch keine Nationalhymne gab, keine Flagge und noch keine Bundesrepublik. Und kein Mensch setzte Hoffnung auf das neue Geld. Der Euro war also klar von Mitterrand und mir gewollt. Für François Mitterrand war übrigens ein weiteres Argument wichtig: Er wollte keine Freihandelszone, im Gegensatz zu Margret Thatcher. Doch die Freihandelszone wäre das Ende unserer Überlegungen gewesen.

Dann war mir noch eine Frage gestellt worden zum Thema Politik in der Medienwelt. Also, hier sehen Sie jemanden, der 16 Jahre seine Erfahrung mit der Presse gemacht hat. Ich bin weit davon entfernt, eine pauschale Journalistenschelte abzugeben. Ich habe hervorragende Männer und Frauen im Journalismus kennen gelernt. Aber ich musste auch zur Kenntnis nehmen, dass ich bei einer Reihe von Journalisten und Zeitungen – ich nenne ein Montagsmagazin in Hamburg – nicht ankam.

Sie sprachen das Thema Öffentlichkeit an. Also, wenn von manchen gefordert wird, man müsse alle wichtigen Sitzungen im EU-Konvent öffentlich machen, dann heißt das auch: Die Sitzung, die öffentlich ist, beginnt um 10 Uhr, und die nicht-öffentliche Sitzung beginnt um 8 Uhr. Die menschliche Natur ist eben so, wie sie ist! Ich bin sehr für eine freie Presse, auch als Kontrollinstanz; aber vor aller Öffentlichkeit ist eine vernünftige Beratung eben schwierig. Bei den Bundesregierungen vor 1982 war es offensichtlich möglich, dass Teilnehmer einer Kabinettsitzung direkt im Anschluss ihre Erkenntnisse an den »Spiegel« weitergaben. Meinen Mitarbeitern habe ich immer empfohlen, dies besser nicht zu tun, da dann ihr Weg schnell zu Ende wäre. Allerdings hatte ich nicht die Illusion, dass sich tatsächlich alle an diese Empfehlung hielten. Nach dem Ende der Großen Koalition zog in Bonn ein ungueter Stil ein. Die Beamtenschaft wurde ganz bewusst parteipolitisiert. Ich will nur an die unseelige Debatte um die Ostpolitik Anfang der 70er Jahre erinnern, in der Indiskretionen sozusagen preisgekrönt wurden. Das war kein guter Stil.

Mir wurde oft der Vorwurf gemacht, dass ich 1989 mein Zehn-Punkte-Programm nicht vorher bekannt gemacht hatte. Was hätten wir denn tun sollen? Ihn ins Kabinett bringen? Ich war selbst im Kanzleramt überhaupt nicht sicher, ob es geheim bleiben würde. Das hat nichts mit Geheimdiplomatie zu tun. Wenn ich meinen Plan nach Vorstellungen, wie sie damals im Bundestag geäußert wurden, Mitterrand und anderen zur Kenntnis gegeben hätte, dann wäre er auf diesem Weg sofort publik geworden. Denn mit Ausnahme von George

Bush standen in der Sache alle gegen die »10 Punkte«. George Bush war zwar auch nicht direkt dafür, aber er stand klar auf unserer Seite. Ich kann nur jedem meiner Nachfolger, wie immer er heißt, den Rat geben, sich einen Kreis zu schaffen, auf den er sich wirklich verlassen kann. Dieser Kreis muss übrigens nicht nur aus Parteifreunden bestehen. Wichtig ist, dass man sich in schwierigen Situationen auf den Rat anderer verlassen kann. Das ist eine große Hilfe.

*Prof. Carl Otto Lenz:* Ich habe eigentlich nur eine kurze Frage. War die Haltung der französischen Bevölkerung zur deutschen Wiedervereinigung genauso negativ wie die von François Mitterrand?

*Prof. Renata Fritsch-Bournazel:* Ich habe eine Frage zu einem anderen kleineren Dreieck, Deutschland-Frankreich-Polen. Der frühere Bundespräsident von Weizsäcker hat einmal im kleinen Kreis gesagt, das französische Insistieren auf Zustimmung zur polnischen Westgrenze als deutscher Ostgrenze, in der Phase 1989/90, hätte in anderen Zeiten Grund für eine Kriegserklärung werden können. Mit anderen Worten: Das ging bis an die Grenze des Zumutbaren nach Meinung mancher Beobachter. Meine Frage an den Herrn Bundeskanzler: Inwieweit hat die Verstimmung über diese Frage wirklich eine Rolle gespielt? Die Fußnote dazu ist, dass heute interessanterweise, in der Vorphase des 40. Geburtstags des Elysée-Vertrags, in Paris darüber nachgedacht wird, inwieweit man durch einen Symbolakt das Verhältnis zu Polen, also das Weimarer Dreieck gewissermaßen, aufwerten könnte mit einer Zusatzklärung zum Elysée-Vertrag. Auch da haben sich offensichtlich die Stimmungen geändert. Aber die Frage war eher historisch.

*Dr. Helmut Kohl:* Ich kenne diese These von Richard von Weizsäcker. Aber sie ist falsch. Der polnische Ministerpräsident Mazowiecki und ich trafen uns im Januar 1990 in Frankfurt an der Oder. Ich gab ihm mein Wort, dass wir die Oder-Neiße-Grenze anerkennen würden. Die polnische Seite konnte überhaupt keinen Zweifel daran haben, dass wir unser Versprechen hielten. Das wusste im Übrigen auch der amerikanische Präsident, der bei entsprechenden Nachfragen aus Polen für mich sprach. In Frankreich kam in der Tat eine richtige Kampagne auf. Ich will hier keinen Namen nennen. Zum Teil waren es Leute, die sich 1939 überhaupt nicht solidarisch verhalten und jetzt einen gewissen Nachholbedarf hatten. Gerade für mich als CDU-Vorsitzenden war immer klar, dass die Grenzfrage enorme innenpolitische Probleme aufwarf. Alle waren sich darüber im Klaren, auch Richard von Weizsäcker, übrigens auch viele in der FDP, dass bei der bevorstehenden ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl dieses Thema eine große Rolle spielen würde. Ich wollte unter allen Umständen vermeiden, dass sich meine Partei bei der Ratifizierung der Erklärung im Bundestag darüber entzweite. Wir erlebten eine dramatische Sit-

zung in der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, in der ich heftig attackiert wurde und ich jenen hochehrbaren Wortführer aufforderte, vor der Fraktion seinen Antrag zu stellen, damit aber auch in Kauf zu nehmen, dass die Wiedervereinigung scheiterte. Das war sicher polemisch gemeint, aber genauso formulierte ich damals. Danach gab es in der Fraktion eine deutliche Mehrheit für meine Position. Ich halte es für eine meiner größten Leistungen, gemeinsam mit anderen Kollegen, diese Mehrheit zusammenbekommen zu haben. Wenn ich die Zahl richtig im Kopf habe, gab es damals nur 17 Gegenstimmen. Insofern halte ich die These von der französischen Zustimmung für nicht akzeptabel, und deswegen setze ich mich auch dagegen mit Härte, wie Sie gerade gemerkt haben, zur Wehr. Dabei lasse ich mir den Vorwurf gefallen, dass ich auch parteipolitisch dachte. Aber wenn Sie etwas machen wollen, obwohl sie keine Mehrheit im Parlament haben, dann sind Sie zwar in der Nähe der Heiligkeit angekommen, aber nicht mehr in der Lage, ihr Amt wahrzunehmen.

*Prof. Renata Fritsch-Bournazel:* Ich würde gerne den Herrn Bundeskanzler fragen, ob Sie im Nachhinein bedauern, dass es nicht möglich war, im Dezember 1989 mit François Mitterrand gemeinsam durch das Brandenburger Tor zu gehen. Es wäre aus meiner Sicht eine wunderschöne Ergänzung gewesen zu der Symbolgeste von Verdun, und zwar eine in die Zukunft gewandte Geste.

*André Leysen:* Es ist ein Vorrecht meiner Generation, den Übergang von einem durch Kriege geeinten Europa, wie es Napoleon und Hitler versucht haben, zur friedlichen Einigung in Europa zu erleben. Ich finde das eine großartige Zeit, und ich bin froh, in dieser Zeit zu leben. Mein Land ist seit dem Vertrag von Verdun 843 ein Reich der Mitte gewesen, das die Armeen von Deutschland und Frankreich über Jahrhunderte hindurch erobern wollten. Das war ein schreckliches Los. Es hätte das Los Deutschlands werden können, wenn es nicht zur Wiedervereinigung gekommen wäre. Es ist eine Schicksalsfrage für ganz Europa, dass wir in dem Augenblick, als diese Gefahr in Deutschland gebannt war, wirklich darangehen konnten, Europa mit beschleunigtem Tempo aufzubauen. Jetzt sind wir dabei, das umzusetzen. Aber es hätte das Schicksal Ihres Landes werden können, in der Mitte Europas ein umstrittenes Gebiet zwischen Ost und West zu sein.

Meines Erachtens ist die große Leistung von Helmut Kohl folgende: mit seinen Partnern beständig am Aufbau eines großen Vertrauens gearbeitet zu haben. Deutschland hat für den Westen optiert und hat in vielen Jahren ein Kapital an Vertrauen gesammelt. Damit hat Deutschland sozusagen ein Fort Knox des Vertrauens aufgebaut und hat diesen Schatz bei der Wiedervereinigung ausgegeben. Jeder war dagegen, abgesehen vom amerikanischen Präsidenten. Aber Kohl hat eine wichtige kaufmännische Grundregel angewandt:

zu handeln, wenn die Zeit reif ist. Denn das ist eine der größten Schwierigkeiten für einen Unternehmer zu wissen, wann er handeln muss. Das ist Intuition, und diese Intuition hat Helmut Kohl gezeigt. In dem Moment, wo sich das Fenster öffnete, hat er zugegriffen und gehandelt. Das war sein Verdienst für Europa, und das war von entscheidender Bedeutung. Die kleinen Länder in Europa suchen sich ihre Freunde aus, weil sie sich ihrer Unwichtigkeit bewusst sind. Sie müssen jemand haben, dem sie sich anschließen können. Und wenn wir uns umschauen, dann sehen wir England, das mit einem Bein im transatlantischen Verhältnis steht, Spanien, das seine Hispanidad und seine Träume hat, und Frankreich mit seiner Grandeur. Wir brauchen Deutschland als starke Kontinentalmacht, um die Zukunft Europas zu gestalten. Es ist unsere Hoffnung, dass Deutschland die Politik weiterführt, die Bundeskanzler Helmut Kohl begonnen hat. Im Augenblick jedoch sind wir weit davon entfernt. Belgien ist eine kleine Nation und hat wenig Einfluss. Wir müssen die Politik eines großen Nachbarn unterstützen. Deutschland muss der Treibriemen der weiteren europäischen Integration sein, und das im festen Freundschaftsverhältnis mit Frankreich. Ich sage immer, ich bin ein redlicher Mensch, aber wenn es um das deutsch-französische Verhältnis geht, dann bin ich absolut voreingenommen: Alles ist gut, was dieser Freundschaft dient, und alles schlecht, was der Sache schadet.

*Prof. Franz Knipping:* Ich möchte gerne dem Herrn Bundeskanzler eine konkrete Frage zum deutsch-französischen Sicherheitsverhältnis in den 80er Jahren stellen. Es ist von Herrn Wirsching, auch kurz von Herrn Küsters, darauf hingewiesen worden, dass dies eine Rolle gespielt hat. Herr Küsters hat sogar die Formulierung »sicherheits- und nuklearpolitische Zusammenarbeit« gebraucht. Meine Frage richtet sich auf die Einrichtung des Verteidigungsrates von 1987, der parallel zum Wirtschaftsrat errichtet wurde und in dem offenkundig auch in Ausführung des Elysée-Vertrags, vielleicht darüber hinausgehend, über deutsch-französische Sicherheitsfragen gehandelt worden ist. Hatte der Verteidigungsrat eine Funktion in der Entwicklung der europäischen Sicherheitspolitik, die ja mit der Einheitlichen Europäischen Akte offiziell 1986 auftauchte? Oder muss man sich hier zwei verschiedene Stränge von sicherheitspolitischen Entwicklungen in den 80er Jahren vorstellen, die dann später mit den Vorgängen von 1989/90, über die Herr Küsters berichtet hat, zusammengelaufen sind?

*Editha Limbach:* Etwas ist mir bei dem Vortrag von Dr. Küsters nicht so ganz deutlich geworden. Vielleicht kann der Bundeskanzler selbst etwas dazu sagen. Das Zehn-Punkte-Programm zur Wiedervereinigung sah ja eigentlich eine längere Frist vor, als dann eingehalten werden konnte, weil uns die Realität, sagen wir einmal, eingeholt und überrollt hat. Mich würde interessieren, ob diese

plötzliche Beschleunigung Belastungen im deutsch-französischen Verhältnis und überhaupt im internationalen Bereich brachte oder ob man das dort so geschluckt hat, wie es hinterher den Anschein hatte. Denn ich denke, da wird es manches Gespräches bedurft haben und mancher geschickten Verhandlungen, um das dann zu machen. Denn mit den 10 Punkten sich anzufreunden, ist das eine – das war schon schwierig für manche –, dann aber zu sehen, dass es viel schneller ging, als man dachte, das war das andere. Dazu würde ich gerne etwas hören.

*Dr. Helmut Kohl:* Wir haben bisher darüber gesprochen, was andere über uns dachten. Das Meinungs- und Stimmungsbild in Deutschland haben wir noch gar nicht betrachtet. Wenn Margret Thatchers bei der EG-Konferenz vom Dezember 1989 klagte: »Zweimal haben wir sie geschlagen, jetzt sind sie wieder da«, dann sprach sie aus, was insgeheim viele dachten. Ich hatte immer Verständnis für die, die im Ausland die Wiedervereinigung mit Skepsis betrachteten. Wie sollten sie auch an die Zukunft eines wiedervereinigten Deutschlands glauben, da doch nicht wenige Funktionsträger der deutschen Gesellschaft die Idee der deutschen Einheit längst aufgegeben hatten. Von weiten Teilen der politischen Linken in Deutschland war das Verfassungsziel, die Einheit und Freiheit Deutschlands in freier Selbstbestimmung zu vollenden, längst aufgegeben und verraten worden. Wir sollten also mit Vorwürfen gegenüber unseren ausländischen Freunden in Sachen deutsche Einheit zurückhaltend sein.

Und wenn heute darüber räsoniert wird, was man in Ostdeutschland im Bereich der Wirtschaft zwischen 1990 und 1992 anders hätte machen können, dann kann ich nur anmerken, dass es natürlich schön gewesen wäre, wenn sich die deutsche Wirtschaft noch stärker im Osten Deutschlands engagiert hätte. Ich freute mich natürlich darüber, dass sich François Mitterrand dafür einsetzte, dass Elf-Aquitaine im Chemiedreieck investierte. Er wusste, dass ich unbedingt einen Chemiestandort in Ost-Deutschland halten wollte. Denn die Chemieindustrie hatte in Bitterfeld-Wolfen Tradition, es gab vor Ort viele hochmotivierte Arbeitskräfte, und die chemische Industrie hatte in der Bevölkerung eine große Akzeptanz, die in weiten Teilen Westdeutschlands längst nicht mehr gegeben war. François Mitterrand hatte immer wieder gesagt, dass es ihm wichtig wäre, dass die größte ausländische Investition in den neuen Ländern aus Frankreich käme. Dafür eignete sich das Chemiedreieck ganz hervorragend. Durch die Investition von Elf-Aquitaine ist das Chemiedreieck heute ein respektable Investitionsstandort mit zukunftssicheren Arbeitsplätzen für die Menschen in der Region.

Jetzt zum Zehn-Punkte-Plan: Ich musste in der damaligen Situation handeln, auch aus innenpolitischen Gründen. Die Ereignisse kamen ja mit voller Wucht

über uns. Dann stellte sich noch die Frage, ob wir in Friedensvertragsverhandlungen eintreten, oder ob wir die deutsche Einheit sozusagen als eine Gegenleistung dazu annehmen sollten. Das war die Alternative. Margret Thatcher war natürlich für die Friedensverhandlungen. Ich brauche Ihnen aber nicht zu sagen, dass, wenn wir zu Beginn der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen in Friedensverhandlungen eingetreten wären, wir noch 1992 verhandelt hätten. Denn ich weiß nicht, wie viele Länder, die am 1. Mai 1945 dem Deutschen Reich den Krieg erklärt hatten, nun angetreten wären, um bestimmte Rechte einzuklagen. Also: Wir waren von diesen Ereignissen überrollt worden.

Was ich jetzt gelegentlich bei der Osterweiterung höre, ist schlicht ein Verrat an den Völkern. Denn wir versprachen diesen Ländern zur Zeit der kommunistischen Herrschaft, wenn sie dieser ledig würden, seien sie uns willkommen. Aber sie wurden dann hingehalten mit dem Argument, man müsse erst die Probleme im Hause lösen, bevor neue Mieter hinzukämen. Sicher, die wirtschaftlichen und finanziellen Dinge sind wichtig; aber wenn wir uns nicht mehr als Europäer verhalten, wenn wir das Bewusstsein verlieren, dass wir in Prag oder in Krakau genauso mitten in Europa sind wie in München oder Bonn, dann haben wir keine Chance, in Europa etwas Vernünftiges zustande zu bringen.

Vor allem die kleinen Länder Europas brauchen einen Freund. Man muss versuchen, im dauerhaften Miteinander ein Stück weiterzukommen. Ich habe beispielsweise von Adenauer gelernt, dass es wichtig ist, auch mit Blick auf die Nachkriegszeit in den 50er und 60er Jahren, ein besonders enges Verhältnis mit Luxemburg zu pflegen. Luxemburg ist ein kleines Land. Die Blutopfer des Dritten Reiches waren hier besonders hoch. Adenauer bemühte sich schon früh um ein gutes Verhältnis zum Großherzogtum, auch mit vielen kleinen Gesten.

Zum Thema Sicherheitspolitik möchte ich anmerken: Es gab in Frankreich, aber auch anderswo eine permanente Sorge, ob die Deutschen aus Gründen der Selbstachtung und des Prestiges die Verfügungsgewalt über Atomwaffen anstreben würden. Jedem intelligenten Menschen musste indes klar sein, dass uns auch nur der winzigste Schritt in diese Richtung schlagartig in eine völlige Isolierung manövriert hätte. Gerade in der Frage der Sicherheitspolitik war Mitterrand hellhörig. Für ihn war es schon sehr beruhigend, dass er nie den Eindruck gewann, dass wir uns in diese Richtung bewegen könnten. Was er hingegen befürwortete, war eine engere Zusammenarbeit im Bereich des Heeres. In jener Zeit galten die deutschen Panzerdivisionen – eigenartig, wenn man das jetzt überhaupt erwähnt – als die führenden in der NATO.

Apropos Deutsche und Franzosen: Ich bin überzeugt, dass wir den Unterschied nie aufheben werden. Es wäre auch schrecklich, wenn alle Franzosen so wären wie wir, die Deutschen. Lassen Sie doch jeden so sein, wie er will. Wenn die Franzosen sich als die Grande Nation verstehen, dann sind sie eben die Grande Nation! Was mich optimistisch stimmt, ist die Tatsache, dass Generationen herangewachsen sind, die nie wieder gegeneinander Krieg führen werden. Die Einstellung von Thomas Mann aus dem Jahr 1921: »Ich bin deutscher Europäer und europäischer Deutscher«, die finden Sie jetzt bei vielen jungen Deutschen und in Entsprechung bei vielen jungen Franzosen. Und wenn das erreicht worden ist, meine Damen und Herren, dann haben wir nicht umsonst in unserer Zeit gelebt.

*Georg Schneider:* Ich habe eine ganz konkrete Frage an Sie, Herr Bundeskanzler: zu Frankreich jenseits von François Mitterrand aus deutscher Sicht in der damaligen Zeit. Nun hatten sich ja einige sehr bekannte französische Oppositionspolitiker dezidiert für die Perspektive einer deutschen Wiedervereinigung ausgesprochen, und zwar schon sehr früh, Ende 1989, z. B. Jacques Chirac oder Edouard Balladur. Welche Beachtung fanden diese Stellungnahmen im Bundeskanzleramt damals? Wie wurden sie gewertet? Eher als die grundsätzlich bessere Einsicht in die Entwicklung der Geschichte in dieser Situation oder eher als Augenblick im innenpolitischen Machtkampf in Frankreich?

*Dr. Helmut Kohl:* Jacques Chirac und ich sprachen in dieser Zeit oft miteinander. Wir hatten eine Vielzahl von Gründen, uns auszutauschen. Ich kannte ihn seit vielen Jahren, als er noch Staatssekretär beim Finanzminister zur Zeit Pompidous war. Ich habe mit ihm immer Kontakt gehalten. Das hatte auch einen persönlichen Grund: Er war als junger Leutnant in Neustadt an der Weinstraße, also in meiner Heimat, stationiert und zog nach seiner Heirat mit seiner jungen Frau dorthin. Ich glaube nicht, dass er gegen Mitterrand eingestellt war. Es ist jetzt leider in Frankreich so, dass Mitterrand kaputt geredet wird. Ich finde das ziemlich geschmacklos. Bei allen Fehlern, aus deutscher Sicht war seine Haltung für uns ganz wichtig. Ich höre deshalb auch nicht auf, meine persönliche und sehr freundschaftliche Beziehung mit ihm zu betonen.

François Mitterrand war ein stark emotional ansprechbarer Mann. Für ihn war beispielsweise unser Treffen in Verdun ein bedeutendes Ereignis. Das war kein Propagandagag, wie viele meinten. Der Bezugspunkt war der 50. Jahrestag der alliierten Invasion 1944 in der Normandie. »Le Monde« titelte damals: Wird François Helmut einladen? Ich las das voller Bestürzung und bat François Mitterrand, er solle das nicht weiter verfolgen. Ich würde eine solche Einladung nicht annehmen. Ich konnte das nicht tun aus prinzipiellen Gründen, aber

auch aus persönlichen, da mein Bruder im Krieg schwer verwundet wurde und später fiel. Wir überlegten dann gemeinsam eine Alternative, wobei Mitterrand von sich aus auf Verdun kam. Ich hatte auch schon daran gedacht, hätte es aber von mir aus nicht angeregt; denn Verdun ist für Frankreich nicht irgendein Ort. Ich war mit seinem Vorschlag sofort einverstanden. Wir einigten uns darauf, 20.000 Schulkinder aus beiden Ländern nach Verdun einzuladen, dazu Persönlichkeiten, die auch in Frankreich großes Ansehen hatten. Dazu gehörte Georg Leber, aber auch Ernst Jünger. Besonders für Ernst Jünger war das ein großer Empfang.

Biographische Notizen zu den Diskussionsteilnehmern:

*Bernhard Friedmann* (1932), Dr. rer. pol., 1976–1990 MdB (CDU), seit 1989 Präsidiums-Mitglied und 1996–1999 Präsident des Europäischen Rechnungshofes.

*Renata Fritsch-Bournazel*, Prof. Dr., Politikwissenschaftlerin, Hochschullehrerin am Institut d'Études Politiques der Universität Paris.

*Franz Knipping* (1944), Dr. phil., seit 1994 Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Bergischen Universität Wuppertal.

*Carl Otto Lenz* (1930), Prof. Dr., Rechtsanwalt und Notar, 1965–1984 MdB (CDU), 1984–1997 Generalanwalt am Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften in Luxemburg.

*André Leysen* (1927), Dr. h.c., seit 1984 Vorsitzender des Aufsichtsrats der Agfa-Gevaert-Gruppe, 1990–1994 Mitglied des Präsidiums im Verwaltungsrat der Treuhandanstalt.

*Editha Limbach* (1933), Historikerin, Journalistin, 1987–1998 MdB (CDU).

*Gero Pfenning* (1945), Dr. jur., Rechtsanwalt und Notar, 1975 MdB Berlin, 1977–1980 und 1985–1994 MdB (CDU), 1979–1985 MdEP.

*Georg Schneider* (1977), Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung.

*Peter Walter*, Dr. rer. pol., Lehrbeauftragter für Politikwissenschaft an der Universität Gießen.